

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1971

Ausgegeben am 23. November 1971

115. Stück

418. Verordnung: Prüfung für den fachlichen Hilfsdienst höherer Art

419. Verordnung: Bestimmung des Straßenverlaufes der Lamprechtshausener Straße im Bereich der Gemeinde Anthering

420. Verordnung: Schulfreierklärung des 7. und 8. Jänner 1972

421. Abkommen über den Zahlungsverkehr samt Briefwechsel zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Volksrepublik Ungarn

418. Verordnung der Bundesregierung vom 3. November 1971 betreffend die Prüfung für den fachlichen Hilfsdienst höherer Art

Auf Grund der §§ 8 bis 18 des Gehaltsüberleitungsgesetzes, BGBl. Nr. 22/1947, in der Fassung der 1. Gehaltsüberleitungsgesetz-Novelle 1970, BGBl. Nr. 243, wird verordnet:

§ 1. Die Prüfung für den fachlichen Hilfsdienst höherer Art ist schriftlich und mündlich abzuhalten. An Stelle der schriftlichen Prüfung ist eine praktische Prüfung abzuhalten, wenn es wegen der besonderen dienstlichen Verwendung des Kandidaten erforderlich ist.

§ 2. (1) In der schriftlichen Prüfung hat der Kandidat eine oder mehrere Aufgaben aus dem seiner Verwendung entsprechenden Fachgebiet des fachlichen Hilfsdienstes höherer Art zu lösen.

(2) Die schriftliche Prüfung ist als Klausurarbeit abzuhalten und darf nicht länger als vier Stunden dauern.

§ 3. Bei der praktischen Prüfung sind dem Kandidaten eine oder mehrere Aufgaben zu stellen, durch deren Lösung er die praktische Erfahrung in dem seiner Verwendung entsprechenden Fachgebiet nachzuweisen hat.

§ 4. (1) Der allgemeine Teil der mündlichen Prüfung umfaßt die im § 8 Abs. 2 lit. b des Gehaltsüberleitungsgesetzes angeführten Gegenstände.

(2) Der besondere Teil der mündlichen Prüfung umfaßt eines der nachstehend angeführten Fachgebiete. Die Prüfung hat sich auf einschlägige theoretische Kenntnisse der wichtigsten Arbeitsbehelfe, Arbeitsmaterialien und das Arbeitsverfahren zu erstrecken. Die Dienstbehörde kann aus folgenden Fachgebieten wählen, wobei sie auf die Verwendung des Kandidaten Rücksicht zu nehmen hat:

1. Archivwesen (Kenntnis der in Archiven und Registraturen üblichen Nachschlagebehelfe und der Regeln für die Manipulation mit Archivalien; Grundriß der neueren österreichischen Geschichte; Kenntnis der römischen Zahlen; Verhalten bei Bränden und sonstigen Katastrophen in Archiven und Sammlungen);

2. Arzneimittelwesen (pharmazeutische Technik; Maschinenkunde; Drogenkunde; Grundbegriffe des Arzneibuches);

3. Dienst an bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalten und am Bundesstaatlichen Serumprüfungsinstitut (Allgemeines über Infektion und Immunität; Bakterien als Krankheitserreger, Formen und Vermehrung; Bekämpfung der Infektionskrankheiten durch Impfungen; Entkeimung, Desinfektion und Sterilisation; Vorschriften bei Arbeiten mit lebenden Krankheitserregern; Schutz gegen Infektion beim Arbeiten im Laboratorium; die gebräuchlichsten Bakterienböden und ihre Herstellung; Anlegen und Überimpfen von Bakterienkulturen; die wichtigsten Färbemethoden für Bakterien; kurze Anatomie, Nomenklatur; für Bedienstete am Bundesstaatlichen Serumprüfungsinstitut auch Herstellung und Prüfung von Impfstoffen und Seren);

4. Bauwesen (Kenntnis der wichtigsten Bestimmungen der Bauordnung, der Gebäudeverwaltungsvorschriften und der Dienstnehmerschutzbestimmungen; allgemeine Kenntnisse aus der Hochbaukunde, Baustofflehre und der Ausmaßberechnungen);

5. Bibliothekswesen (Geschichte des Buches; Grundkenntnisse der Katalogisierung; Entstehung des modernen Buches; Art und Einteilung der Wissenschaften; Kenntnis der römischen Zahlen; Verhalten bei Bränden und sonstigen Katastrophen in Bibliotheken, wis-

- senschaftlichen und Kunstsammlungen und Instituten);
6. Dienst an der Bundesanstalt für chemische und pharmazeutische Untersuchungen (chemisch-technische Grundbegriffe bei einfachen chemischen und pharmazeutischen Untersuchungen; Apparatekunde; Arzneiformen; Reagenzlösungen);
 7. Dienst an der Bundesstaatlichen Anstalt für experimentell-pharmakologische und balneologische Untersuchungen (Grundbegriffe pharmakologischer Arbeitsmethoden und toxikologischer Untersuchungsverfahren; Kenntnis der erforderlichen technischen Hilfsmittel und der Herstellung von Lösungen; Grundbegriffe der Tierhaltung);
 8. Dienst der Gärtner (Pflanzenkunde; Pflanzenschutz; Bodenkunde und Düngerlehre; Bodenbearbeitung; Gerätekunde; Unfallverhütungsvorschriften; praktische Verwendung des Pflanzenmaterials der Bundesgärten);
 9. Gewässerschutz, Wasserbiologie, Abwasserforschung, Fischereiwirtschaft und Gewässerkunde (rechnerische Grundbegriffe, einschlägige Kenntnisse auf dem Gebiet der Biologie, der Physik und der Chemie für die Wasserbiologie und Abwasserforschung; Kenntnis für den Laborbetrieb, Kenntnisse für die Probenentnahme; Grundzüge der Fischereiwirtschaft);
 10. Dienst an der Bundesstaatlichen Impfstoffgewinnungsanstalt (allgemeine Kenntnis des Körperbaues und der Funktion des Körpers; Desinfektion und Sterilisation; bakteriologisches Arbeiten; histologische Technik; Tierhaltung; spezielle Kenntnis des einschlägigen Arbeitsgebietes);
 11. Kraftfahrwesen (Kenntnis der wichtigsten Bestimmungen der Kraftfahrvorschriften, der Wirkungsweise und der wichtigsten Konstruktionsteile der Kraftfahrzeuge); Straßenverkehrsordnung; Dienstnehmerschutzbestimmungen, insbesondere für Automechaniker; technische Einzelheiten der Vorschriften über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr; Ö-Norm V 5000 „Kraftfahrzeugbau, allgemeine Begriffe“; Anwendung der wichtigsten im Betrieb vorkommenden Untersuchungsbehelfe; Kenntnis der für die Verwendung von Druckbehältern nötigen Einzelheiten; Mineralöllagerung;
 12. Landwirtschaftliche Tierpflege (Tierrassen; Zucht der Tiere; Haltung, Pflege und Fütterung der Tiere; Nutzung der Tiere; die wichtigsten Krankheiten der Tiere);
 13. Dienst an Landwirtschaftlichen Versuchsanstalten (chemisch-technische Grundbegriffe bei landwirtschaftlich-chemischen Untersuchungen; Apparatekunde; Handelsdüngerformen; Weinchemie, Mikrobiologie; Obstverwertung; Aufgabenbereich der Dienststelle des Kandidaten);
 14. Dienst an Bundesanstalten für Lebensmitteluntersuchung (einfache chemische und chemisch-technische Grundbegriffe; einfache Rechenoperationen der Chemie; grundlegende Kenntnis über Aufbewahrung von und Umgang mit Chemikalien; Verhalten und Sicherheitsvorkehrungen im Laboratorium; einfache Geräte- und Apparatekunde; Herstellung von Lösungen für das Laboratorium; Vorbereitung der Proben für die Untersuchungen; Kenntnis der Richtlinien für die Verwaltung der beweglichen Sachen der Bundesdienststellen — RIM; Kenntnis der grundlegenden Rechtsvorschriften über den Aufgabenbereich der Bundesanstalten für Lebensmitteluntersuchung);
 15. Maschinenbaukunde und Elektrotechnik (Kenntnis der wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen für die einschlägigen Fachgebiete des Maschinenbaues und der Arbeiterschutzbestimmungen; allgemeine Kenntnisse aus der Maschinenbaukunde und Elektrotechnik; Werkstoffkunde und Ausmaßberechnungen);
 16. Material- und Inventargebarung (einschlägige Kenntnisse auf dem Gebiet der Verwahrung und Wartung von Arbeitswerkzeugen und technischen Geräten, der Lagerung von Baumaterialien, der Führung von Inventarverzeichnissen; Vorgänge bei der Bestellung und Rechnungslegung; Unfallverhütungsvorschriften);
 17. Münzwesen I (Grundzüge der chemischen Technologie der in der Ausmünzung verwendeten Legierungen; elementare Kenntnisse über die Scheidung der Edelmetalle und der hiebei auszuführenden Arbeiten; elementare Kenntnisse über Probierkunde und analytische Chemie);
 18. Münzwesen II (Kenntnisse in der französischen Prägung, Ringprägung, Hohlprägung sowie Kenntnis der Hilfsarbeiten; allgemeiner Überblick über die Münz- und Prägetechnik; elementares Maschinenzeichnen, Normungen und Passungen, Maschinenelemente; allgemeine elektrotechnische Elementarausbildung; allgemeine Kenntnisse der Stempelerzeugung sowie Zurichten und Härten desselben, Eindrücken und Stahlbehandlung; Erzeugung der Münzzaine; Herstellung der Münzplättchen; elementare Kenntnisse über die hauptsächlich für die Münzerzeugung verwendeten Edelmetalle);
 19. Dienst an Museen und Sammlungen (Kenntnis der Methoden der Restaurierung und

- Konservierung; Kenntnis der wichtigsten Literatur des einschlägigen Fachgebietes; Kenntnis des Aufgabenbereiches der einzelnen Anstalten, Institute und Lehrkanzeln auf dem Fachgebiet des Museums oder der Sammlung; Grundbegriffe technischer Art in dem einschlägigen Fachgebiet; Kenntnisse der verschiedenen Formate und des sich daraus ergebenden Aufstellungsplatzes; Kenntnis des Inhaltes der Sammlung, bei der der Kandidat in Verwendung steht, und des Aufstellungsplatzes der Objekte; Kenntnis der Sicherheitseinrichtungen; Verhalten bei Diebstählen, bei Brand- und Katastrophenfällen);
20. Pflanzenschutzwesen (rechnerische Grundbegriffe; chemische Grundbegriffe; Grundbegriffe des Pflanzenschutzes; versuchstechnische Grundbegriffe);
21. Pflanzenzuchtwesen (Samenprüfung; landwirtschaftliche Versuchstechnik; Pflanzenzüchtung; Qualitätsprüfung landwirtschaftlicher Produkte; Unfallverhütungsvorschriften; Aufgabenbereich der Bundesanstalt für Pflanzenbau und Samenprüfung und der wichtigsten verwandten Anstalten);
22. Dienst der Schulwarte (Kenntnis der Gebäudeverwaltungs- und der Unfallverhütungsvorschriften und der Grundzüge der einschlägigen Schulvorschriften; Verwahrung und Wartung von Werkzeugen und Geräten; Vorgänge bei der Bestellung und Rechnungslegung; Verhalten bei Bränden und sonstigen Katastrophen in Schulgebäuden);
23. Dienst an technischen Museen (allgemeine Kenntnis der Dienstnehmerschutzbestimmungen; allgemeine Kenntnis aus der Werkstoffkunde betreffend Metalle, Holz, Kunststoffe usw.; Kenntnis der wichtigsten Maschinenelemente und der Wirkungsweise der im Betrieb befindlichen Maschinen; Werkzeugkunde; allgemeine Kenntnis der wichtigsten Sammlungen und deren wertvollster Schaustücke; Kenntnis der technischen Einrichtungen des Gebäudes, wie Licht, Gas, Kraftstrom, Heizung und Lüftung, Aufzüge, Krane);
24. Dienst der Telefonisten (Kenntnis der gebräuchlichsten Fernsprechanlagen-Systeme im öffentlichen Dienst; Hereinholen von Gesprächen; Bedienung der Uhr für Kostenberechnung der Telefongespräche; Kenntnis der einzelnen Arten von Telefonbüchern sowie der wichtigsten Telefonnummern der Sonderdienste; Kennzahlen im Selbstwählverkehr; Verhalten bei Störungen, Gebrauch der Nachtschaltungen);
25. Tierpflege (Grundbegriffe der Zoologie, Kenntnis der Tierfamilien, allgemeine Kenntnisse über den Umgang mit exotischen Tieren; Grundbegriffe der Tierpflege und Fütterungslehre; erste Hilfeleistung bei Unfällen und Verhalten bei außergewöhnlichen Vorkommnissen im Tiergarten, wie Ausbruch von Tieren, Feuer usw.; Verhalten gegenüber den Besuchern).
- § 5. (1) Für den Bereich der Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland ist eine Prüfungskommission im Bundeskanzleramt einzurichten. Für die Gebiete der übrigen Bundesländer sind weitere Prüfungskommissionen beim betreffenden Amt der Landesregierung zu errichten.
- (2) Zu Mitgliedern der Prüfungskommission dürfen nur Beamte des höheren Dienstes, Lehrer der Verwendungsgruppe LPA und L1 oder Beamte des gehobenen Dienstes bestellt werden. Im Bedarfsfall können auch nichtbeamtete, in ihrem Fach anerkannte und wissenschaftlich tätige Personen zu Mitgliedern der Prüfungskommission ernannt werden.
- (3) Die Prüfungssenate bestehen aus einem Vorsitzenden und zwei weiteren Mitgliedern.
- § 6. (1) Diese Prüfungsvorschrift tritt mit 1. Jänner 1972 in Kraft.
- (2) Die Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 9. Juni 1952, BGBl. Nr. 131, betreffend eine Vorschrift über die Prüfung für den Dienstzweig „Fachlicher Hilfsdienst höherer Art“, die durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 334/1965 auf Gesetzesstufe gehoben wurde, tritt gemäß Art. III Abs. 3 der 1. Gehaltsüberleitungsgesetz-Novelle 1970 mit Ablauf des 31. Dezember 1971 außer Kraft.
- | | | | |
|-----------|------------|---------------|-------------|
| Kreisky | Häuser | Rösch | Broda |
| Gratz | Androsch | Weihls | Staribacher |
| Frühbauer | Lütgendorf | Kirchschläger | Moser |
| | Firnberg | | |
- 419. Verordnung des Bundesministers für Bauten und Technik vom 4. November 1971 betreffend die Bestimmung des Straßenverlaufes der Lamprechtshausener Straße im Bereich der Gemeinde Anthering**
- Auf Grund des § 4 Abs. 1 des Bundesstraßengesetzes 1971, BGBl. Nr. 286, wird verordnet:
- Der Straßenverlauf der B 156 Lamprechtshausener Straße wird im Bereich der Gemeinde Anthering wie folgt bestimmt:
- Die neu herzustellende Straßentrasse zweigt nächst dem Weiler Großlehen von der bestehenden Trasse der Lamprechtshausener Straße ab, umfährt in großem Bogen westlich die Ortschaft Anthering und verläuft sodann in nördlicher Richtung bis zur Einbindung knapp vor dem Weiler Acharting in die bestehende Trasse der Lamprechtshausener Straße.

Im einzelnen ist der Verlauf der Straßentrasse aus den beim Bundesministerium für Bauten und Technik, beim Amt der Salzburger Landesregierung und bei der Gemeinde Anthering aufliegenden Planunterlagen zu ersehen.

§ 15 Bundesstraßengesetz 1971 (BStG 1971) findet auf dem vorangeführten Straßenteil Anwendung. Die im Abs. 2 vorgesehene Bauverbotszone beträgt 35 m beiderseits der Straßenachse.

Moser

420. Verordnung des Bundesministers für Unterricht und Kunst vom 5. November 1971, mit welcher der 7. und 8. Jänner 1972 schulfrei erklärt werden

Auf Grund des § 2 Abs. 7 des Schulzeitgesetzes, BGBl. Nr. 193/1964, wird verordnet:

An den unter das Schulzeitgesetz fallenden Bundesschulen sind der 7. und 8. Jänner 1972 schulfrei.

Sinowatz

421. Abkommen über den Zahlungsverkehr samt Briefwechsel zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Volksrepublik Ungarn

ABKOMMEN

über den Zahlungsverkehr zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Volksrepublik Ungarn

Artikel I

Mit 23. November 1971 verliert das „Abkommen über den Zahlungsverkehr zwischen der Republik Österreich und der Republik Ungarn“ vom 11. März 1947 seine Gültigkeit.

Artikel II

Alle Zahlungen zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Ungarn werden ab 24. November 1971 in Übereinstimmung mit der in den beiden Staaten geltenden Devisengesetzgebung und den dazu erlassenen Durchführungsbestimmungen in frei konvertierbarer Währung erfolgen.

Artikel III

Falls zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens des Zahlungsabkommens vom 11. März 1947 auf einem der im Artikel 2 desselben angeführten Konten ein Saldo zugunsten eines der beiden Staaten bestehen sollte, so wird dieser Saldo durch Zahlungen in frei konvertierbarer Währung entsprechend der zwischen den beiden Notenbanken getroffenen Vereinbarung beglichen werden.

Artikel IV

Die Oesterreichische Nationalbank und die Ungarische Nationalbank werden alle im Zusammenhang mit dem Außerkrafttreten und der Beendigung des im Artikel I genannten Zahlungsabkommens und mit dem Übergang des Zahlungsverkehrs auf frei konvertierbare Währung erforderlichen technischen Vereinbarungen treffen.

MEGÁLLAPODÁS

az Osztrák Szövetségi Kormány és a Magyar Népköztársaság Kormánya között a fizetési forgalomról

I. Cikkely

Az Osztrák Köztársaság és a Magyar Köztársaság között a fizetési forgalomról szóló 1947. március 11-i Megállapodás 1971. november 23-ával érvényét veszti.

II. Cikkely

Az Osztrák Köztársaság és a Magyar Népköztársaság között 1971. november 24-től minden fizetés a két államban érvényes devizajogszabályokkal és azok végrehajtási utasításaival megegyezően, szabadon átváltható pénznemben fog lebonyolódni.

III. Cikkely

Amennyiben az 1947. március 11-i Fizetési Megállapodás hatályon kívül helyezésének időpontjában, az annak 2. cikkelyében említett valamelyik számlán a két állam egyikének javára egyenleg állna fenn, ez az egyenleg szabadon átváltható pénznemben történő fizetésekkel kerül a két jegybank közötti megállapodásnak megfelelően kiegyenlítésre.

IV. Cikkely

Az Osztrák Nemzeti Bank és a Magyar Nemzeti Bank megkötö az I. Cikkelyben megnevezett Fizetési Megállapodás hatályon kívül helyezésével és megszűnésével, valamint a szabadon átváltható pénznemben lebonyolódó fizetési forgalomra történő áttéréssel kapcsolatban szükséges technikai megállapodásokat.

Artikel V

Dieses Abkommen tritt am 24. November 1971 in Kraft. Es kann von jeder der Vertragsparteien unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist schriftlich zum Jahresende gekündigt werden.

Zu Urkund dessen haben die Unterzeichneten, von ihren Regierungen hiezu ordnungsgemäß bevollmächtigt, dieses Abkommen unterfertigt und mit Siegeln versehen.

Geschehen zu Wien, am 28. Oktober 1971, in zwei Urschriften, jeweils in deutscher und ungarischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise verbindlich sind.

Für die Österreichische Bundesregierung:

Dr. Fritz Hillebrandt m. p.

Für die Regierung der Volksrepublik Ungarn:

Baktai Gyula m. p.

DER VORSITZENDE
DER ÖSTERREICHISCHEN DELEGATION

Wien, am 28. Oktober 1971

Herr Vorsitzender!

Unter Bezugnahme auf das heute unterzeichnete Abkommen über den Zahlungsverkehr zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Volksrepublik Ungarn beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Die beiden Vertragsparteien werden sich dafür einsetzen, daß ihre zuständigen Behörden die im Rahmen ihrer geltenden Devisenvorschriften erforderlichen Bewilligungen für laufende Transaktionen erteilen werden. Es besteht Einvernehmen darüber, daß unter laufenden Transaktionen zumindest alle jene Zahlungen zu verstehen sind, welche schon bisher auf Grund des „Abkommens über den Zahlungsverkehr zwischen der Republik Österreich und der Republik Ungarn“ vom 11. März 1947 geleistet werden konnten.

Indem ich Sie bitte, mir Ihr Einverständnis zu Vorstehendem mitteilen zu wollen, benütze ich gerne den Anlaß, um Sie, Herr Vorsitzender, meiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Dr. Fritz Hillebrandt m. p.

An den
Vorsitzenden der
ungarischen Delegation
Wien

V. Cikkely

Jelen Megállapodás 1971. november 24-én lép életbe. Ezen Megállapodást a Szerződő Felek bármelyike három hónapos felmondási határidő betartásával év végével írásban felmondhatja.

Fentiek hiteléül alulírottak, akiket erre kormányaik szabályszerűen felhatalmaztak, jelen Megállapodást aláírták és pecséttel ellátták.

Készült Bécsben, 1971. október 28-án, két eredeti példányban, mindegyik német és magyar nyelven, mindkét szöveg egyaránt hiteles.

Az Osztrák Szövetségi Kormány Nevében:

Dr. Fritz Hillebrandt m. p.

A Magyar Népköztársaság Kormánya Nevében:

Baktai Gyula m. p.

AZ OSZTRÁK
DELEGÁCIÓ ELNÖKE

Bécs, 1971. október 28

Elnök Ur!

Hivatkozással az Osztrák Szövetségi Kormány és a Magyar Népköztársaság Kormánya között a fizetési forgalomról a mai napon aláírt Megállapodásra, van szerencsém Önnek a következőket közölni:

Mindkét Szerződő Fél intézkedni fog aziránt, hogy illetékes hatóságai a folyó műveletekhez az érvényes devizaelőírásaik keretében a szükséges engedélyeket kiadják. Egyetértés áll fenn arra nézve, hogy a folyó műveletek alatt legalább azokat a fizetéseket kell érteni, amelyeket az Osztrák Köztársaság és a Magyar Köztársaság között a fizetési forgalomról szóló 1947. március 11-i Megállapodás alapján már eddig teljesíteni lehetett.

Kérem Önt, hogy a fentiekre vonatkozó egyetértését velen közölni sziveskedjék és megragadom az alkalmat, hogy Önt, Elnök Ur, kiváló nagyrabecsüléséről biztosítsam.

Dr. Fritz Hillebrandt m. p.

A magyar delegáció
Elnökének
Bécs

DER VORSITZENDE
DER UNGARISCHEN DELEGATION

Wien, am 28. Oktober 1971

Herr Vorsitzender!

Ich beehre mich, Ihnen mein Einverständnis zu Ihrem Schreiben vom heutigen Tage folgenden Wortlautes mitzuteilen:

„Unter Bezugnahme auf das heute unterzeichnete Abkommen über den Zahlungsverkehr zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Volksrepublik Ungarn beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Die beiden Vertragsparteien werden sich dafür einsetzen, daß ihre zuständigen Behörden die im Rahmen ihrer geltenden Devisenvorschriften erforderlichen Bewilligungen für laufende Transaktionen erteilen werden. Es besteht Einvernehmen darüber, daß unter laufenden Transaktionen zumindest alle jene Zahlungen zu verstehen sind, welche schon bisher auf Grund des „Abkommens über den Zahlungsverkehr zwischen der Republik Österreich und der Republik Ungarn“ vom 11. März 1947 geleistet werden konnten.

Indem ich Sie bitte, mir Ihr Einverständnis zu Vorstehendem mitteilen zu wollen, benütze ich gerne den Anlaß, um Sie, Herr Vorsitzender, meiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.“

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Baktai Gyula m. p.

An den
Vorsitzenden der
österreichischen Delegation
Wien

A MAGYAR
DELEGÁCIÓ ELNÖKE

Bécs, 1971. október 28

Elnök Ur!

Van szerencsém Önnek közölni, hogy a mai napon kelt alábbi szövegű levelével egyetérttek:

„Hivatkozással az Osztrák Szövetségi Kormány és a Magyar Népköztársaság Kormánya között a fizetési forgalomról a mai napon aláírt Megállapodásra, van szerencsém Önnek a következőket közölni:

Mindkét Szerződő Fél intézkedni fog azért, hogy illetékes hatóságai a folyó műveletekhez az érvényes devizaelőírásaik keretében a szükséges engedélyeket kiadják. Egyetértés áll fenn arra nézve, hogy a folyó műveletek alatt legalább azokat a fizetéseket kell érteni, amelyeket az Osztrák Köztársaság és a Magyar Köztársaság között a fizetési forgalomról szóló 1947. március 11-i Megállapodás alapján már eddig teljesíteni lehetett.

Kérem Önt, hogy a fentiekre vonatkozó egyetértését velem közölni sziveskedjék és megragadom az alkalmat, hogy Önt, Elnök Ur, kiváló nagyrabecsüléséről biztosítsam.“

Fogadja Elnök Ur kiváló nagyrabecsülésem kifejezését.

Baktai Gyula m. p.

Az osztrák delegáció
Elnökének
Bécs

Kreisky